

Artikel vom 12.04.2022

Verteidigung des Cyberraums

## Gerlach: Deutschland braucht digitalen Schutzschild



Angesichts der gestiegenen Cyberbedrohung aus Russland fordert Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach einen Sonderfonds zur Verteidigung des Cyberraums. Die Mittel in Höhe von 10 Milliarden Euro sollen dabei aus dem aktuell diskutierten Sondervermögen der Bundeswehr stammen und in die Ausstattung der Cybertruppe fließen.

Gerlach: „Die digitale Bedrohung wird weiter zunehmen. Die sich bisher abzeichnenden Pläne der Bundesregierung sind dafür absolut ungenügend. Deutschland braucht einen starken, digitalen Schutzschild.“

Die angekündigten 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr dürfen nach Ansicht von Gerlach nicht nur in die materielle Ausrüstung investiert werden, wie zum Beispiel in neue Kampfflugzeuge und Panzer. Die Digitalisierung der Bundeswehr und die Stärkung ihrer materiellen und personellen Ressourcen für Aufgaben der Cyberverteidigung müssen gerade jetzt weiter konsequent gestärkt werden. Ein Sonderfonds zur Entwicklung neuartiger Technologien eigne sich hierfür ideal.

Der von der Ministerin geforderte Sonderfonds solle von der Bundeswehr gesteuert werden. So könnten dann, beispielsweise im Rahmen von Public-Private-Partnerships, Innovation gemeinsam mit Universitäten und Unternehmen entwickelt und zügig Richtung Praxis umgesetzt werden.

Ein Vorbild für die erfolgreiche Kooperation von öffentlichem und privatem Sektor zur Entwicklung

neuartiger Innovation ist die Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) in den USA. Die DARPA führt Forschungsprojekte für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten durch und ermöglicht durch die enge Einbindung von Industrie und Militär einen schnellen Transfer von der Forschung zur Praxis. Ein Schwerpunkt der DARPA-Forschung sind neue digitale Technologien.

Gerlach: „Wir müssen verstärkt innovative Wege finden, um in der Cyberabwehr schneller zu marktreifen Lösungen zu kommen.“ Auch der Informationsaustausch zwischen Behörden und der Wirtschaft muss nach Ansicht der Ministerin verbessert werden.